

**Antrag Res-01**  
**Jusos Bezirk Hannover****Empfehlung der Antragskommission**  
**Annahme****Keine Kriminalisierung von Schutzsuchenden**

1 Mitten in der Sommerpause hat das Bundesin-  
2 nenministerium ein Diskussionspapier vorgelegt, in  
3 dem diverse Verschärfungen im Umgang mit Ge-  
4 flüchteten vorgeschlagen werden. Menschenrechts-  
5 organisationen kritisieren die Vorschläge scharf. Be-  
6 sonders problematisch sehen wir folgende Aspekte:

- 7 • **Verlängerung des Ausreisegewahrsams:** Die  
8 bisherige Höchstdauer soll von zehn auf 28  
9 Tage erhöht werden. Einen Menschen fast ei-  
10 nen Monat zu inhaftieren, um in Ruhe seine  
11 Abschiebung vorbereiten zu können, betrach-  
12 ten wir als völlig unverhältnismäßig. Dabei  
13 gibt es mit der Abschiebehaft schon jetzt die  
14 Möglichkeit, ausreisepflichtige Personen über  
15 längere Zeiträume festzusetzen. Die Abschie-  
16 behaft ist aber zurecht an strengere Voraus-  
17 setzungen geknüpft. Durch die Verlängerung  
18 des Ausreisegewahrsams werden diese stren-  
19 geren Regelungen faktisch umgangen.
- 20 • **Einschränkung der Unverletzlichkeit der Woh-**  
21 **nung:** Nach den Vorschlägen des Bundesin-  
22 nenministeriums sollen die Behörden nicht  
23 nur das Zimmer der abzuschiebenden Person  
24 selbst betreten dürfen, sondern auch die Zim-  
25 mer, in denen andere Geflüchtete wohnen.  
26 Damit wird massiv in ihr Grundrecht, näm-  
27 lich die Unverletzlichkeit der Wohnung, ein-  
28 gegriffen. Dieser Grundrechtseingriff ist nicht  
29 nur unverhältnismäßig, er ist auch besonders  
30 problematisch bei Geflüchteten, die in ihren  
31 Herkunftsländern und oft während der Flucht  
32 traumatische Erfahrungen machen mussten  
33 und denen, auch mit Blick auf eine mögliche  
34 Integration in Deutschland, das Gefühl von Si-  
35 cherheit vermittelt werden müsste.
- 36 • **Das Durchsuchen der Handys von Geflüchte-**  
37 **ten,** wenn diese keinen Pass vorlegen kön-  
38 nen, als schwerwiegenden Eingriff in die Pri-  
39 vatsphäre
- 40 • **Kriminalisierung nicht-straftälliger Personen**  
41 **aufgrund der Zugehörigkeit zu Familien,** die  
42 als sog. "Clans" eingestuft werden. Was als  
43 Schlag gegen die organisierte Kriminalität  
44 dargestellt wird, ist in Wahrheit eine Krimina-

45 lisierung von Menschen aufgrund ihrer Fami-  
46 lienzugehörigkeit. Schon jetzt führt das Kon-  
47 zept der "Clan-Kriminalität" dazu, dass Men-  
48 schen aufgrund ihres Nachnamens in einen  
49 Kontext mit der organisierten Kriminalität ge-  
50 setzt werden, obwohl entweder gar nicht oder  
51 nicht in diesem Rahmen straffällig gewor-  
52 den sind. Nun eröffnet das Diskussionspa-  
53 pier des Bundesinnenministeriums die Debat-  
54 te, ob "Angehörige" solcher "Gemeinschaften  
55 der organisierten Kriminalität" auch dann ab-  
56 geschoben werden können, wenn sie selbst  
57 gar keine Straftaten begangen haben ("un-  
58 abhängig von einer strafrechtlichen Verurtei-  
59 lung"). Das ist nichts weiter als Sippenhaft,  
60 die wir kategorisch ablehnen. Auch wenn sich  
61 diese Rhetorik juristisch wohl kaum umset-  
62 zen lassen wird, rückt sie Migration doch stark  
63 in die Nähe von Kriminalität, trägt damit zu  
64 rassistischen Vorurteilen bei und ist Wasser  
65 auf den Mühlen der AfD. Von einem sozialde-  
66 mokratisch geführten Ministerium erwarten  
67 wir hier mehr Feingefühl für die gesellschaftli-  
68 chen Konsequenzen eines Debattenbeitrags.

- 69 • **Abschiebung ohne erneute Vorwarnung:** Das  
70 Diskussionspapier schlägt vor, aus Paragraph  
71 60a Aufenthaltsgesetz die Regelung zu strei-  
72 chen, nach der Menschen vor einer Abschie-  
73 bung erneut vorgewarnt werden müssen,  
74 wenn sie länger als ein Jahr in Deutschland ge-  
75 dultet leben. Durch die Streichung dieser Re-  
76 gelung wird eine enorme Unsicherheit für ge-  
77 duldete Personen geschaffen. Bislang muss ei-  
78 nen Monat vor der Abschiebung gewarnt wer-  
79 den, sodass die Personen ihre persönlichen  
80 Angelegenheiten regeln oder z.B. rechtliche  
81 Beratung einholen können. Diese Unsicher-  
82 heit steht im Widerspruch zum maßgeblich  
83 sozialdemokratisch geprägten Chancenauf-  
84 enthaltsrecht, das Perspektiven und Rechts-  
85 sicherheit für langfristig Geduldete schaffen  
86 soll. Wir sind davon überzeugt, dass ein so  
87 schwerwiegender Eingriff wie eine Abschie-  
88 bung weiterhin mit einer erneuten Vorwar-  
89 nung verbunden sein muss.

90 Mit dem Diskussionspapier schließt sich das Bun-  
91 desinnenministerium dem Teil der öffentlichen De-  
92 batte an, der Migration vor allem mit dem Fokus  
93 auf Abschiebungen und Grundrechtseinschränkun-

94 gen für Geflüchtete betrachtet. “Erleichterte Ab-  
95 schiebungen” werden zum Hauptziel - nicht der  
96 Schutz für Geflüchtete oder ihre Integration. Dabei  
97 verschleiert diese Debatte, dass viele der Ausreise-  
98 pflichtigen aus guten Gründen nicht abgeschoben  
99 werden können und dass auch die Vorschläge des In-  
100 nenministeriums daran nichts ändern werden. Vie-  
101 le Betroffene werden aus schwerwiegenden fami-  
102 liären Gründen und wegen familiären Bindungen  
103 nicht abgeschoben, viele weitere befinden sich in  
104 einer Ausbildung oder kommen aus Ländern wie  
105 dem Irak oder Afghanistan, in die aus guten Grün-  
106 den wenig oder gar nicht abgeschoben wird. Wie-  
107 der andere werden von ihren Heimatländern nicht  
108 aufgenommen. Die Vorschläge des Bundesinnenmi-  
109 nisteriums werden deshalb nur dazu führen, dass  
110 die Abschiebep Praxis für die Betroffenen noch här-  
111 ter wird. Zu mehr Abschiebungen und weniger Asyl-  
112 bewerber\*innen wird sie nicht führen. Stattdessen  
113 sollte sich der Bund endlich darauf konzentrieren,  
114 die Kommunen bei der Finanzierung der Unterbrin-  
115 gung der Geflüchteten stärker zu unterstützen. Von  
116 rechter Rhetorik, sei sie von der CDU, sei sie von der  
117 AfD, dürfen wir uns nicht treiben lassen! Wir stehen  
118 selbstbewusst zu einer progressiven Migrationspoli-  
119 tik, die z.B. in dem Chancenaufenthaltsrecht zur Gel-  
120 tung kommt!